

# FDP

**Wir Liberalen.**

# PRD

**Les Radicaux.**

## **Bericht über Märzsession 2009 des Grossen Rates**

In der Märzsession 2009 hat sich der Grosse Rat mit einer Fülle von Geschäften befasst, wobei einmal mehr die Traktandenliste nicht vollständig abgearbeitet werden konnte. So wurde beispielsweise die Motion betreffend den 4-jährigen Gymnasialunterricht in die Junisession verschoben.

Die Grossratswahlen 2010 werfen bereits ihren Schatten voraus, indem unzählige – teilweise recht substanzlose – Vorstösse eingereicht wurden, welche nun behandelt werden müssen. Eine Auswahl der Geschäfte der Märzsession sei hier präsentiert.

### **Stimmrechtsalter 16**

Mit nur einer Stimme Unterschied (75:74) sprach sich der Grosse Rat für die Einführung des aktiven (nicht aber des passiven) Stimm- und Wahlrechts ab 16 Jahren aus. Bern wäre (nach Glarus) der zweite Kanton, der seine Verfassung entsprechend änderte. Die Forderung wurde im Juni 2007 von linker Seite eingebracht. Die FDP stimmte (mit wenigen Enthaltungen) gegen diesen Vorschlag, weil sie ein auseinanderklaffen des Mündigkeits- und des Stimmrechtsalters für unsinnig erachtet. Ebenso hielten wir es für nicht nachvollziehbar, dass Jugendliche unter 18 Jahren zwar keine Zigaretten kaufen dürfen, weil man sie nicht für reif genug hält, für sich und ihre Gesundheit Verantwortung zu tragen, dass sie dann aber an der Urne über Millionenkredite befinden sollen. Die Verfassungsänderung muss nun nochmals (2. Lesung im Juni) vor den Grossen Rat und wird – bei Zustimmung – Ende Jahr dem Volk zum Entscheid vorgelegt. Aufgrund von Meinungsumfragen und verschiedener Volksabstimmungen (z.B. Basel Stadt) ist absehbar, dass das Volk hier letztlich klar ablehnend entscheiden wird.

### **E-Voting; Bericht und gesetzliche Grundlage**

Im Kanton Bern soll Wählen und Abstimmen dereinst auch per Internet möglich sein. Der Grosse Rat genehmigte die dafür nötigen Gesetzesänderungen einstimmig. Als erste kommen die Auslandschweizer in den Genuss des E-Votings. Basis dafür ist die Harmonisierung des Stimmregisters für Auslandschweizerinnen und -schweizer. Mit der Gesetzesrevision werden aber auch die rechtlichen Grundlagen geschaffen, damit alle bernischen Stimmberechtigten dereinst ihre Stimme auf elektronischem Weg abgeben können. Bis zur definitiven Einführung des E-Votings wird es aber noch einige Zeit dauern, da zuerst die (sicherheitsrelevanten!) technischen und organisatorischen Voraussetzungen dafür geschaffen werden müssen. Dazu gehört auch die Koordination mit andern Kantonen.

### **Motion Pfister/Moser (FDP) sowie Dekret über Staatsleistungen an die Energieversorgung**

Ein Dekret über Staatsleistungen aus dem Jahr 1987 beschränkte die Mittel zur Förderung der Energieeffizienz auf sechs Millionen pro Jahr. Nun hat der Grosse Rat auf Antrag der Regierung und auf Initiative der beiden freisinnigen Motionäre diese Limitierung aufgehoben. Ein wichtiges Mittel um die Energieeffizienz und den Anteil der erneuerbaren Energien zu erhöhen ist ein Förderprogramm, in dessen Rahmen der Kanton Gebäude und Anlagen unterstützt. Die über 20-jährige Limitierung der Kantonsbeiträge erschwerte die Umsetzung. Im Voranschlag 2009 hat der Grosse Rat bereits Mittel von rund 12 Millionen Franken bewilligt. Mit der Aufhebung der Limitierung kann dieser Kredit ausgeschöpft werden.

### **Überbauung Zeughausareal Burgdorf im PPP**

Der Grosse Rat stimmte einem jährlich wiederkehrenden Kredit von rund 18 Millionen Franken zu. Damit soll die Überbauung des Zeughausareals in Burgdorf im Public-Private-Partnership-Modell realisiert und betrieben werden. Weitere 6,9 Millionen Franken werden für den Landerwerb benötigt und 900'000 Franken für die externe Begleitung des Ausführungsprojekts.

### **Angebotsbeschluss und den Rahmenkredit zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs**

Der Grosse Rats beschloss ohne Gegenstimme einen weiteren Ausbau des öffentlichen Verkehrs bis 2013. Mit 462 Millionen Franken fällt der Rahmenkredit für die Planperiode 2010 bis 2013 deutlich höher aus als in den Vorjahren. Der Angebotsbeschluss sieht vor, die S-Bahn und den öV vor allem in den Städten Bern, Biel, Thun, Burgdorf und Langenthal auszubauen. Grosse Investitionsvorhaben stehen in den Agglomerationen an. Dazu gehören die Planung des neuen RBS-Tiefbahnhofs in Bern sowie die Planung des Regio-Trams in Biel und die weitere Umstellung von Buslinien auf Trams in der Agglomeration Bern. Zwischen Gümligen und Münsingen braucht es zudem ein drittes Bahngleis. Generell soll auf vielen öV-Linien der Takt verdichtet werden.

### **Motion Sutter/Flück (FDP) sowie Hess (BDP) und Burn (EDU) betreffend Weiterführung am der Arbeiten am BKW-Beteiligungsgesetz**

Mit einer Motion sollte der Regierungsrat beauftragt werden, die Arbeiten am BKW-Beteiligungsgesetz (BKWG) im Sinne der schubladisierten Vernehmlassungsvorlage vom November 2005 wieder aufzunehmen. Das Gesetz sollte die Grundlage dafür schaffen, damit dem Regierungsrat die Kompetenz erteilt würde, zu einem günstigen Zeitpunkt die kantonale Mehrheitsbeteiligung an der BKW zu reduzieren, um sich mit einem Anteil von 34 % (Sperrminorität) zu begnügen.

Der Vorstoss wurde diskussionslos als unverbindliches Postulat überwiesen. Obwohl das Anliegen sehr viel Sinn machen würde, hätte es wohl in der gegenwärtigen Renaissance der Staatsgläubigkeit wenig Chancen auf Realisierung.

### **Rückweisung des Kantonsbeitragsgeschäftes betr. Stade de Bienne**

Auf Antrag der Steuerungskommission wies der Grosse Rat das Geschäft an seine vorberatende Kommission zurück. In Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle will die Kommission die Zahlengrundlagen und Berechnungen nochmals überprüfen, nachdem zahlreiche Gerüchte zirkulierten. Zunächst hatte die Steuerungskommission dem Rat eine Kürzung auf CHF 12 Mio. (anstelle von CHF 24 Mio.) beantragt.

### **Motion Ruedi Sutter (FDP) betr. jährlicher Ausgleich der kalten Progression**

Mit einer Motion verlangte die FDP, dass die Einkommenssteuertarife im Kanton Bern künftig jährlich automatisch der Teuerung angepasst werden. Der Vorstoss wurde gegen den Willen der Regierung und der linken und grünen Parteien deutlich mit 75:64 angenommen. Ruedi sei herzlich gratuliert.

In ihrer Antwort hatte die Regierung argumentiert, das bisherige System mit Ausgleich der kalten Progression erst ab fünf Prozent sei zweckmässiger. Der Grosse Rat behalte damit mehr Handlungsspielraum, falls ein nur teilweiser Ausgleich angezeigt wäre. Wenn man im Rahmen von Steuergesetzrevisionen bloss nur jeweils den der kalten Progression entsprechenden Betrag „verteilen“ will, stimmt das natürlich. Im Kanton Bern fehlt nach wie ein steuerpolitisches Konzept.

### **Sondersessionstag zum Thema Wirtschaftskrise**

Mit dem Antrag, einen Sondersessionstag durchzuführen sowie der Einreichung diverser Vorstösse unter dem Titel „Mehr Arbeitsplätze“ nahm die SP die derzeitige Wirtschaftskrise zum Anlass, mehr oder weniger durchdachte Vorschläge zur Ankurbelung der Konjunktur anzubieten. Den Vorstössen fehlte fast jegliche Substanz, so dass sie hier nicht besprochen werden müssen. Das Ergebnis der Debatte bestand einzig und allein in der Ueberweisung

eines Auftrags an die Regierung (mit Stichentscheid der Ratspräsidentin), Bericht zu Nischenarbeitsplätzen zu erstellen!

Zur Frage einer **kantonalen Konjunkturpolitik** führte die FDP folgendes aus:

Im Rahmen seiner Antwort auf die Interpellation Gagnebin (I 060/2002 "Konjunkturgerechte Politik") hatte der Regierungsrat in der Februarsession 2003 bereits einmal Gelegenheit, sich zu den Möglichkeiten und Grenzen einer kantonalen Konjunkturpolitik zu äussern. Er legte dar, *„dass in den letzten zwanzig Jahren eine ausgeglichene, konjunkturgerechte Politik nicht realisiert werden konnte. In einer kleinen offenen Volkswirtschaft wie derjenigen des Kantons Bern sei es kaum möglich, die konjunkturelle Entwicklung zu beeinflussen. Eine antizyklisch motivierte Finanzpolitik auf der Ebene des Kantons führe letztlich zu einer Erhöhung der Kantonsverschuldung, ohne jedoch ein nachhaltiges Wachstum auslösen zu können“*. Daran hat sich im Prinzip nichts geändert. Bezüglich des Kantons Bern gilt im Vergleich zu den anderen Kantonen zudem die Besonderheit, dass der hohe Anteil an staatlichen und parastaatlichen Arbeitsplätzen in konjunkturschwachen Perioden eine stabilisierende Wirkung zeitigt.

Einem möglichen zusätzlichen Konjunkturprogramm auf kantonaler Ebene ist daher mit Skepsis zu begegnen. Auf jeden Fall müssen sich Massnahmen auf folgende (vom Regierungsrat selber aufgeführte) Kriterien stützen:

- Massnahmen nur dort, wo die Wirtschaft einer Stützung bedarf.
- Projekte fördern, welche einen Multiplikatoreffekt haben.
- Projekte fördern, die zusätzliche Investitionen *rasch* auslösen.
- Massnahmen zeitlich befristen.
- Massnahmen auswählen, die aus Sicht des Staates hohe Priorität haben.

#### **Postulat Moser (FDP) betr. Ligerztunnel**

Weil der Bund Finanzierungsprobleme für grössere Infrastrukturbauhaben hat, soll der Kanton Bern für den Bau des Ligerztunnels alternative Finanzierungsmodelle prüfen, um eine Verzögerung des Baus zu verhindern. Das Postulat mit dieser Forderung blieb Rat unbestritten. Die sei erkannt und es würden Abklärungen geführt, versicherte der Regierungsrat weiter. Eine Vorfinanzierung durch den Kanton Bern stehe aber nicht zur Diskussion, da es sich beim Ligerztunnel um ein Projekt der nationalen Bahninfrastruktur handle.

#### **Justizreform II (1. Lesung)**

Der Grosse Rat beschloss in erster Lesung (Kommissionspräsident: Adrian Kneubühler, FDP) die so genannte Justizreform II. Diese reduziert die 13 Gerichtskreise auf vier Gerichtsregionen und soll die Justiz effizienter machen.

In den Grundzügen war die Justizreform, die 2011 in Kraft treten soll, unbestritten. Sie ist nötig, weil das Zivilprozess-, Strafprozess- und das Jugendstrafprozessrecht auf Bundesebene vereinheitlicht wurden.

Bereits 2006 hatten die Berner Stimmberechtigten an der Urne die verfassungsmässige Grundlage für die Reform geschaffen. Diese reduziert nun die derzeit 13 erstinstanzlichen Gerichte auf vier Regionalgerichte mit Sitz in Bern, Burgdorf, Thun und Biel. Der Berner Jura erhält eine so genannte Zweigstelle in Moutier. Neu sollen Streitfälle zuerst vor Schlichtungsstellen behandelt werden, bevor sie vor dem Richter oder der Richterin landen. Die Untersuchungsrichter wird es nicht mehr geben, dafür erhalten die Staatsanwaltschaften mehr Kompetenzen.

Bevor der Rat die drei von der Reform betroffenen Gesetze im Detail beraten konnte, musste er einige strittige Punkte klären. Dabei ging es zunächst um die Beibehaltung der Arbeitsgerichte, welche trotz Referendumsdrohung der Gewerkschaften klar abgelehnt wurde. Eine weitere wichtige Frage war, ob bei der Jugendgerichtsbarkeit weiterhin das Jugendrichtermodell gelten soll, wie dies die Regierung und die welsche Minderheit im Rat verlangte oder ab das von der Kommission favorisierte Jugendanwaltschaftsmodell gewählt werden soll. Hier sprach sich der Rat deutlich für das Anwaltschaftsmodell aus, wobei Regierung und Kommission aufgrund der *vote séparé* der welschen Députation die Sache noch mal Prüfen müssen.

### **Gesetz über die Handänderungs- und Pfandrechtsabgaben (2. Lesung)**

In der ersten Lesung in der Januarsession hatte der Grosse Rat eine Senkung des Satzes der Handänderungsabgabe von 1,8 auf 1 Prozent und die vollständige Abschaffung der Pfandrechtssteuer beschlossen.

Im Rahmen der 2. Lesung stand nochmals die Höhe der Handänderungsabgabe zur Diskussion. Der Antrag der vorberatenden Kommission, an den Ergebnissen der 1. Lesung festzuhalten wurde ebenso abgelehnt wie der am Schluss der Debatte von der FDP eingebrachte Kompromissantrag auf eine Senkung um 0,3% auf 1,5%. Teile der BDP waren aus den bürgerlichen Reihen ausgesichert mit der Begründung, man wolle das Geld dann bei der Steuergesetzrevision 2011 einsetzen (on verra!).

Die vollständige Streichung der Pfandrechtsabgabe fand hingegen eine klare Mehrheit. Sie macht insgesamt nur CHF 10 Mio. Franken aus.

### **Kulturstrategie für den Kanton Bern (Kommissionspräsidentin: Susanne Bommeli, FDP)**

Die neue kantonale Kulturstrategie dient als Grundlage für die Kulturförderung im Kanton Bern und für eine Revision des Kulturförderungsgesetzes. Die Kulturstrategie legt Ziele, Instrumente und Massnahmen für die Kulturförderung im Kanton Bern fest. Sie will Bildung und Kultur besser vernetzen, die Kulturvermittlung stärken, mit Förderprogrammen Akzente setzen und die Steuerung und Finanzierung der kulturellen Institutionen neu regeln. Zudem soll die Kulturstrategie den Kanton Bern als Wohnstandort und als Tourismusdestination stärken. Der Rat nahm sie mit Planungserklärungen zur Kenntnis.

Die erste Planungserklärung der FDP, wonach im Rahmen der Erarbeitung des neuen Kulturförderungsgesetzes auch eine Variante mit einem Globalbeitrag an die Agglomerationskonferenzen auszuarbeiten sei, wurde knapp mit 63:61 Stimmen abgelehnt.

Mit der zweiten Planungserklärung hatte die FDP hingegen mehr Erfolg. Mit 83:37 Stimmen unterstützte der Rat die Forderung, dass betreffend Paul Klee Zentrum und Kunstmuseum nicht bloss ein Fusionsprozess weiterverfolgt, sondern auch Varianten einer verstärkten Zusammenarbeit in Auge gefasst werden müssen.

### **Rücktritt von Therese Kohler**

Nach sieben Jahren tritt unsere geschätzte Kollegin, Therese Kohler-Jost, Mühlethurnen, per 31. Mai 2009 aus dem Rat zurück. Vorab die grosse Belastung im Beruf hat sie zu diesem Schritt bewogen.



Mit Therese Kohler-Jost verliert die Fraktion eine gradlinige, liberale Kämpferin für gesunde Finanzen und tragbare Steuern. Therese leistete als Mitglied der Steuerungskommission riesige politische Knochenarbeit. Als Vertreterin der Wirtschaft trieb sie auch Reformprozesse voran und setzte sich für bessere Rahmenbedingungen für die KMU's ein. Die Fraktion bedauert den Rücktritt sehr und wünscht Therese von Herzen für die Zukunft alles Gute!

Wer für Therese nachrücken wird, ist zum heutigen Zeitpunkt noch nicht bekannt.